

30.03.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13694

**Landesregierung muss wachsende Überstundenberge sicher vor Verfall schützen -
Beamte haben Kompensation ihrer unvermeidbar anfallenden Mehrarbeit verdient**

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Möbius

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 16/13694- wird abgelehnt.

Datum des Originals: 30.03.2017/Ausgegeben: 31.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/13694, wurde durch das Plenum am 14. Dezember 2016 an den Haushalts- und Finanzausschuss zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss sowie an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses im Plenum stattfinden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss beteiligt wegen der Personalrelevanz den Unterausschuss Personal.

B Beratung

Die öffentliche Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses Personal zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/13694 hat am 14. März 2017 stattgefunden. Dort lagen folgende Stellungnahmen vor:

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Erich Rettinghaus Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband NRW	16/4656
Arnold Plickert Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Nordrhein-Westfalen	16/4661

Die mündlichen Statements sowie die Fragen der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses zu den schriftlichen Stellungnahmen und den mündlichen Ausführungen der Sachverständigen sind im Wortlaut im Ausschussprotokoll 16/1639 wiedergegeben.

Eine Aussprache zu den Ergebnissen der Anhörung vom 14. März 2017 fand in der Sitzung des Unterausschusses Personal am 28. März 2017 statt und wurde in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 30. März 2017 fortgeführt. Die Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss wird später im Ausschussprotokoll 16/1665 dokumentiert.

Die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgte im Haushalts- und Finanzausschuss am 30. März 2017. Änderungsanträge lagen nicht vor.

Auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse wurde ausdrücklich hingewiesen:

Der Unterausschuss Personal hat den Antrag in seiner Sitzung am 28. März 2017 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

Der Rechtsausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 22. März 2017 aufgerufen und einvernehmlich beschlossen kein Votum abzugeben.

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. März 2017 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

C Abstimmung, Ergebnis

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/13694, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der FDP und die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN abgelehnt.

Die abschließende Beratung und Abstimmung findet im Plenum nach Vorlage dieser Beschlussempfehlung statt.

Christian Möbius
Vorsitzender